

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.12.2016**

öffentlich

Ort: Halle (Saale), Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:31 Uhr bis 17:58 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 16:43
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), 16:36 - 17:28
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Heike Schaarschmidt	Referentin GB IV
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin / Amtstierärztin
Michael Gerstner	Bildungsmanager
Annett Fritzsche	Sozialplanerin/ Bildungsmonitoring
Jenny Dautermann	stellv. Protokollführerin

Gast

Matthias Klupp	Geschäftsführer Analyse & Konzepte
----------------	------------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Susanne Wildner	Verwaltung
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Sachkundiger Einwohner
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt schlug vor, den Punkt **7.4 Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation** vor den Punkt 4 zu ziehen.

Es gab keine Einwände und auch keine anderen Anmerkungen

Frau Haupt bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.10.2016
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2016
- 7.4. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung weiterer Strandbereiche an der Saale
Vorlage: VI/2016/02412
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. "Schlüssiges Konzept" - Kosten der Unterkunft und Heizung
Vorlage: VI/2016/02448
 - 7.2. Information zu den Beschlussvorlagen Fördermittel Soziales und Gleichstellung
 - 7.3. Vorstellung des Projektes „Bildung integriert“
 - 7.5. Vorstellung aktueller Stand Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)
 - 7.6. Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 13.10.2016

Es gab keine Anmerkungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2016

Die Niederschrift lag noch nicht vor.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 7.4 Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation

Herr Paulsen berichtete zu dem aktuellen Sachstand.

Im Monat November hat die Stadtverwaltung 13 Personen zugewiesen bekommen. 932 Asylbewerber, 632 Personen mit einer Duldung und 389 Personen mit humanitären Aufenthaltsgrund leben derzeit in Halle. Es sind insgesamt 6400 Personen wovon 3802 anerkannte Flüchtlinge sind.

Es kommt zu einem vermehrten Rückzug nach Halle aufgrund des neuen Gesetzes. Die Aufnahmestelle im ehemaligen Maritim wird im Frühjahr 2017 geschlossen. Derzeit bewegen sich dort zwischen 80 und 100 Personen.

zu 4 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen lagen nicht vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung weiterer Strandbereiche an der Saale Vorlage: VI/2016/02412

Herr Schied fragte, nach der Wasserqualität der Saale und, ob das Baden unproblematisch ist.

Frau Brederlow antwortete, dass die Saale kein Badegewässer ist.

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen weitere Uferbereiche der Saale im Stadtgebiet als Strandbereiche für die Badesaison 2017 eingerichtet werden können.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 "Schlüssiges Konzept" - Kosten der Unterkunft und Heizung
Vorlage: VI/2016/02448**

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Klupp erhielt Rederecht und führte in die Thematik ein.

Herr Bönisch fragte, ob daraus ein Mietspiegel gemacht werden kann.

Herr Klupp sagte, dass die Erstellung eines Mietspiegels möglich ist.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, ob die finanziellen Auswirkungen von 73 Millionen schon an die Steigung von ca. 3-5 % angeglichen sind.

Frau Brederlow sagte, dass sie bereits angeglichen ist.

Frau Haupt fragte, was die Konsequenzen sind, wenn die Stadt später einen Mietspiegel hat. Könnten sich dann die dargestellten Werte ändern.

Herr Klupp sagte, dass es keine Änderungen geben würde. Es liegen bei dem Mietspiegel und bei den Kosten der Unterkunft andere Auswertungen zu Grunde. Ein Mietspiegel hat eine andere Funktion.

Frau Haupt fragte, ob man nochmal genauer auf das neue Gesetz § 22 Abs. 10 SGB II eingehen kann, da hier die Möglichkeit einer Gesamtangemessenheitsgrenze auch für Heizung gegeben ist.

Herr Klupp sagte, dass es viele Unterschiede bei den Gebäudezuständen gibt, die alle berücksichtigt werden müssten. Das ist sehr umfangreich. Das Bundessozialgericht habe die Bruttokaltmiete favorisiert.

Frau Haupt fragte ab wann das Konzept gilt.

Herr Baus sagte, dass ab 01.01.2017 das Konzept umgesetzt wird.

Frau Dr. Schöps fragte, ob sich die Erstellung eines Mietspiegels auf das Mietniveau einer Stadt auswirkt.

Herr Klupp sagte, dass der Mietspiegel die Funktion, das was tatsächlich bezahlt wird wiederzugeben. Der Mietspiegel hat indirekt eine Wirkung auf das Mietniveau, weil sich die Vermieter an dem Mietspiegel orientieren.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Der Stadtrat nimmt das „Schlüssige Konzept“ zu den Bedarfen der Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und § 35 SGB XII für die Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.

zu 7.2 Information zu den Beschlussvorlagen Fördermittel Soziales und Gleichstellung

Frau Brederlow sagte, dass die Beschlussvorlage für Januar derzeit erarbeitet wird.

zu 7.3 Vorstellung des Projektes „Bildung integriert“

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Gerstner und **Frau Fritzsche** stellten das Projekt vor.

Herr Bönisch fragte, welche Inhalte in der Datenbank erfasst werden sollen. Er fragte nach den Gründen für das Projekt, da Bildung keine kommunale Aufgabe ist.

Herr Gerstner schilderte, dass Bildung sich bei dem Projekt nicht nur auf Schule sondern auch auf Kindergärten, die Volkshochschule und die Universität bezieht. Es soll nicht alles und zu viel in die Datenbank. Derzeit werden Fragestellungen entwickelt und es wird entschieden, was aufgenommen wird.

Herr Bönisch fragte, was das Ziel des Projektes ist.

Herr Gerstner antwortete, dass zuerst eine Analyse des IST Zustandes erfolgt und im Anschluss werden Lösungen entwickelt.

Frau Brederlow sagte, dass es nicht nur um die Förderung der Benachteiligten geht, sondern auch um die Begabtenförderung. Es gibt viele Möglichkeiten, die bekannter gemacht werden sollen und aus denen Kooperationen entstehen können.

Frau Krausbeck fragte, ob die Ergebnisse zwischendurch mitgeteilt werden oder nur das Gesamtergebnis.

Herr Gerstner sagte, dass eine Beteiligung zwischendurch geplant ist. Es wird unterschiedliche Einbringungen im Ausschuss geben.

Herr Bönisch fragte, ob das Geld dafür in den Haushalt eingestellt wurde.

Frau Brederlow sagte, dass seit diesem Jahr Geld dafür eingestellt ist.

zu 7.5 Vorstellung aktueller Stand Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Bönisch fragte, ob es Überschneidungen zwischen Fachbereich Soziales und dem Eigenbetrieb Arbeitsförderung geben wird.

Herr Baus sagte, dass es zu einer engen Zusammenarbeit kommen wird.

Herr van Rissenbeck sagte, dass 25 % des Budgets für interne Maßnahmen und die restlichen 75 % für externe Maßnahmen genutzt werden. Mit dem Budget sind nur die Kosten der Maßnahme gedeckt. Die Maßnahmeinhalte sind eingeschränkt, da bestimmte Voraussetzungen für die Teilnahme an verschiedenen Maßnahmen erfüllt sein müssen. 40 Plätze sind höchstwahrscheinlich realisierbar.

Herr Kieslich fragte nach den Konsequenzen bei Nicht-Teilnahme.

Herr Baus antwortete, dass diese ähnlich wie beim SGB II-Bezug sein werden. Wenn es zu Kürzungen kommen sollte, dann nur anteilig.

zu 7.6 Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Der Themenausblick ist im Session hinterlegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Dr. Schöps zur kinderärztlichen Versorgung in Halle

Frau Dr. Schöps fragte, was bei dem Stammtisch zum Thema kinderärztliche Versorgung herausgekommen ist.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass sie an dem Stammtisch nicht teilnehmen konnte, da an diesem Tag das Tendenzgespräch mit der Evangelischen Stadtmission stattfand.

zu 8.2 Herr Schied zur Grundsicherung im Alter

Herr Schied fragte, ob es im Team Grundsicherung im Alter ein personelles Problem gibt und wie lange die Bearbeitung bei einer Änderung des Bezuges von Arbeitslosengeld in den Bezug von Sozialhilfe gibt.

Herr Baus sagte, dass es kein Problem gibt und dass die Bearbeitung bis auf Ausnahmen bei Einzelfällen schnell geht.

zu 8.3 Herr Helmich zum Kinderarmutsbericht

Herr Helmich fragte, wann der Kinderarmutsbericht wieder im Ausschuss Thema ist.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Czock zum Thema Gesundheitsvorsorge

Herr Czock regte die Behandlung des Themas Gesundheitsvorsorge im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss an.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** beendete den öffentlichen Teil.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Dautermann
stellv. Protokollführerin